Kontroverse um geplantes Flüchtlingsdorf an der Thielallee

Widerstand gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin - Proteste und Diskussionen entfacht. Erfahren Sie mehr über die aktuellen Geschehnisse und Kontroversen.

Auf dem Grundstück Thielallee 63 in Berlin-Dahlem plant der Senat den Bau eines Containerdorfs für 260 Flüchtlinge, was jedoch auf Widerstand stößt. Die Freie Universität (FU) zeigt sich besorgt, da sie dort ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Der Präsident der FU, Günter Ziegler, wurde von den Senatsplänen überrascht und betonte, dass die Hochschulleitung dem Vorhaben nicht zugestimmt habe.

Die FU hat in der Vergangenheit bereits geflüchtete Menschen unterstützt, jedoch darauf hingewiesen, dass das Gelände nach 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird. Die Uni schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als alternative Notunterkünfte zu nutzen. Trotz des Sanierungsbedarfs der FU stehen derzeit keine anderen Flächen zur Verfügung.

Der Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme prüft derzeit verschiedene städtische Flächen für Flüchtlingsunterkünfte. Er betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem brachliegenden Gelände der FU möglich sei, solange kein neues Gebäude entsteht. Der Senat beschloss Ende März den Bau von 16 weiteren Containerdörfern, da der Bedarf an Wohnraum für Flüchtlinge groß ist.

Der Widerstand gegen das geplante Containerdorf auf dem

Unigelände in Dahlem spiegelt die Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen der Flüchtlinge und den Interessen der Anwohner und Institutionen wider. Kritiker werfen der FU vor, ihre weltoffene Fassade zu bröckeln, da sie sich gegen die temporäre Unterbringung von Flüchtlingen ausspricht. Die Diskussion um die Unterbringung von Geflüchteten verdeutlicht die Spannungen und Herausforderungen im Umgang mit der Flüchtlingskrise.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de